

Junge Union Rendsburg-Eckernförde wirft der Ampelregierung wirtschaftspolitisches Versagen vor

„Dass die Ampelregierung nun plant, die Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie ab 2024 wieder auf 19 % anzuheben, ist wirtschaftspolitisch schlicht nicht nachvollziehbar“, so der Kreisvorsitzende Patrick Ziebarth. Der Gastronomiebereich – gerade auch im ländlichen Raum – leide bereits stark unter dem Fachkräftemangel, den hohen Energiekosten sowie der anhaltenden Inflation. Hinzu komme die von der Bundesregierung geplante Verdoppelung der LKW-Maut, welche sich auf die Preise der Grundmittel auswirken werde. Hier gehe es um bereits bedrohte Existenzen, wo eine Anhebung der Mehrwertsteuer nur noch mehr Öl ins Feuer gieße.

Die Gastronomen seien mit einer Anhebung der Mehrwertsteuer gezwungen, neben dem notwendigen Inflationsausgleich von ca. 6,4 % auch den zusätzlichen Steuerbetrag von 12 % auf die Preise umzulegen. Ziebarth sagt hierzu: „Dass dies faktisch zu einem Rückgang an Gästen und damit zu einem Einbruch bei den Einnahmen führen wird, setzt keinen wirtschaftspolitischen Sachverstand voraus – aber einen solchen können wir von der Ampelregierung auch (leider) nicht erwarten“ und ergänzt: „Die Bundesregierung ist völlig planlos in ihrer Haushaltspolitik; setzt Milliarden für politische Prestigeprojekte ein. Es werden in den kommenden zwei Jahren alleine rund 600 Mio. EUR für die bürokratische Umsetzung der Kindergrundsicherung eingeplant, gleichzeitig aber dringend erforderliche Investitionen im Sozialbereich, beispielsweise Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK), der Migration oder der Freiwilligendienste gekürzt.“ „Dass das Bundesverfassungsgericht ein Nachtragshaushaltsgesetz kippt, ist erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik und bezeichnend für die schlicht unkoordinierte Haushaltspolitik. Es kann daher nicht sein, dass die Ampel sich nun auf dem Rücken des Mittelstandes gesundsparen möchte“, so der Kreisvorsitzende der Jungen Union weiter.

Für die Junge Union Rendsburg-Eckernförde ist klar, dass die Gastronomie gerade jetzt auch weiterhin unterstützt werden muss. Bei den Belastungen, denen sie bereits ausgesetzt ist, komme eine Erhöhung des Steuersatzes schlicht zur Unzeit. Hieran hängen nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch Existenzen. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde sei zudem als Flächenkreis besonders geprägt von diesem Wirtschaftszweig. Die Gastronomie sei charakterprägend für das kulturelle Leben im Kreis; die Gasthöfe auf dem Land seien Knotenpunkte für Veranstaltungen und das menschliche Miteinander. Dies müsse erhalten bleiben und das ohnehin schon einsetzende Landgasthofsterben nicht noch beschleunigt werden. „Es muss daher unser klares Ziel sein, diese Branche zu entlasten und nicht weiter zu belasten“, erklärt Ziebarth und ergänzt: „Wir als Junge Union stehen ganz klar an der Seite unserer Gastronomen.“ Die Junge Union fordert hier eine klare Abkehr von den Plänen der Ampelregierung und dass der Kanzler Olaf Scholz sein Versprechen hält, welches er auch 2021 in der ARD-Wahlarena gegeben hat, den Steuersatz von 7% nicht wieder abzuschaffen.